

# Kirchen und Religionsgemeinschaften

Matthias Belafi

Im Juni 2014 hat der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor der Rückkehr konfessioneller Spannungen in Europa gewarnt und die politische Dimension der Ökumene betont.<sup>1</sup> Die Bewältigung der sozialen Folgen der Eurokrise, auf die er sich dabei hauptsächlich bezog, war ein Schwerpunkt der Arbeit der europäischen Kirchen in den vergangenen beiden Jahren.

## Soziale Folgen der Eurokrise

Auf vielfältige Weise haben die Kirchen durch ihre caritative und diakonische Arbeit sowie durch politische Stellungnahmen zur Krisenbewältigung beigetragen. Im Zentrum stand dabei die Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern.<sup>2</sup> Mit einer Erklärung unter dem Titel „Frei für die Zukunft – Verantwortung für Europa“ meldete sich die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa bei ihrer Versammlung vom 20.-26.09.2012 in Florenz zu Wort. Dabei trat sie für die Regulierung von Banken und Finanzmärkten ein, warnte vor neuem Nationalismus und brachte die Unterstützung der evangelischen Kirchen für die Integration zum Ausdruck.<sup>3</sup> Auch auf nationaler Ebene engagierten sich die Religionsgemeinschaften; im Fokus stehen dabei Krisenstaaten wie Portugal<sup>4</sup> und Griechenland.<sup>5</sup> In Spanien versorgte die Caritas mehr als 1 Mio. Menschen mit Lebensmitteln, so dass die Kirche einer der wichtigsten sozialen Akteure in der Krise ist.<sup>6</sup> Aufmerksamkeit fand der Erzbischof von Toledo mit der Forderung nach einem politischen Kurswechsel in Deutschland.<sup>7</sup>

In Deutschland veröffentlichte die Evangelische Kirche am 18.10.2012 unter dem Titel „Für eine gemeinsame Zukunft in einem geeinten Europa“ eine Stellungnahme zur Krise und betonte, dass der Wert der EU weit über die gemeinsame Währung hinausgeht.<sup>8</sup> Als im Herbst 2012 aus der CSU Vorwürfe gegen Griechenland und den EZB-Präsidenten Draghi laut wurden, kritisierte der Münchner Kardinal Marx „bedauernswerte Rückfälle in Populismus und nationale Egoismen“.<sup>9</sup> Draghi revanchierte sich, indem er sich als „Bruder im

- 
- 1 Frank-Walter Steinmeier: Reformation und Politik, 26.06.2014, [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140626-BM\\_Reformation.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140626-BM_Reformation.html).
  - 2 Christina Gerlach/Mattia Tosato/Anna Echterhoff: Chancen für junge Menschen schaffen, in: *EuropaInfos* 164/2013, S. 6-7; Doris Klinkenhagen/Jonas Klante: Jugendarbeitslosigkeit in Europa, in: *EKD-Europa-Informationen* 144/2013, S. 29-30.
  - 3 U[lrich] R[uh]: Protestantismus: Europa als Herausforderung, in: *Herder Korrespondenz* 11/2012, S. 547-549.
  - 4 Ders.: Kirche und Krise in Portugal, in: *Herder Korrespondenz* 9/2012, S. 441-443.
  - 5 Vgl. Gerasimos Makris/Dimitris Bekridakis: The Greek Orthodox Church and the economic crisis since 2009, in: *International Journal for the Study of the Christian Church* 2/2013, S. 111-132.
  - 6 FAZ: Mehr Spanier leben in Armut, 22.03.2013.
  - 7 Spanish prelate fears ‚mutual hatred‘ over euro crisis, 12.05.2013, <http://www.telegraph.co.uk/finance/financialcrisis/10052268/Spanish-prelate-fears-mutual-hatred-over-euro-crisis.html>.
  - 8 EKD: Für eine gemeinsame Zukunft in einem geeinten Europa, 18.10.2012, <http://www.ekd.de/EKD-Texte/84524.html>.
  - 9 Münchner Abendzeitung: Brandgefährlicher Populismus, 02.10.2012; Münchner Abendzeitung: Marx liest CSU die Leviten, 06.10.2012.

Geiste“ mit Kardinal Marx bezeichnete.<sup>10</sup> In Anspielung an die Ausbildung von EZB-Präsident Draghi, Kommissionspräsident Barroso, Italiens und Spaniens Ministerpräsidenten Monti und Rajoy sowie seine eigene, hatte der Präsident des Europäischen Rates Van Rompuy schon 2012 darauf hingewiesen: „Die Jesuitenschüler werden jetzt die Europäische Union retten müssen“.<sup>11</sup>

### **Der Faktor Religion in der Außenpolitik**

Steinmeiers Hinweis auf mögliche religiöse Spaltungen in Europa hat aber auch Berechtigung mit Blick auf den Konflikt in der Ukraine mit ihrer unübersichtlichen konfessionellen Gemengelage.<sup>12</sup> Die Kirchen spielten nicht nur eine wichtige Rolle auf dem Majdan,<sup>13</sup> sondern auch im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine.<sup>14</sup> Die konfessionelle Dimension reicht weit über die Ukraine hinaus, sodass mit dem politischen Konflikt auch eine Verschlechterung der kirchlichen Beziehungen einhergeht. So hat der lettische Präsident den Patriarchen der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) gebeten, seinen Besuch in Lettland zu verschieben; und die Kirche in Polen sieht ihr Land durch den Ukrainekonflikt gefährdet.<sup>15</sup> Dabei haben sich die Polnische Bischofskonferenz und die ROK erst im August 2012 angenähert: Während des ersten Besuchs eines russisch-orthodoxen Patriarchen in Polen wurde eine Gemeinsame Botschaft unterzeichnet, in der die Gläubigen beider Kirchen und Länder zur gegenseitigen Vergebung aufgerufen wurden.<sup>16</sup> Dies war nicht nur als historischer Schritt in der spannungsreichen Geschichte der beiden Völker gewürdigt worden, sondern auch als Annäherung zwischen katholischer Kirche und ROK.

Um der Bedeutung der Religion in der Außenpolitik gerecht zu werden, hat der Rat Auswärtige Angelegenheiten am 24.06.2013 „Leitlinien zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit“ verabschiedet,<sup>17</sup> die der Europäische Auswärtige Dienst mehrfach auch mit den Kirchen beraten hat.<sup>18</sup> Die Kirchen begrüßten die Leitlinien, mit denen die Religionsfreiheit als wichtiger Faktor im Verhältnis der EU zu Drittstaaten herausgestellt wird, bemängelten aber auch Defizite. Auch die europäischen Weltanschauungsgemeinschaften begrüßten die Leitlinien, die das Recht atheistischen Glaubens und der Religionskritik berücksichtigten.<sup>19</sup>

---

10 „Mit Marx bin ich Bruder im Geiste“, 28.02.2013, <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/geldpolitik/mario-draghi-mit-marx-bin-ich-bruder-im-geiste/785732.html>.

11 EU-Ratspräsident: Mit katholischer Soziallehre gegen EU-Krise, 09.09.2012, <http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/49035.html>.

12 Vgl. Thomas Németh: Die Ukraine und ihre Kirchen, in: Herder Korrespondenz 9/2012, S. 465-469.

13 Vgl. Margarete Zimmermann/Michael Melnikow: Die Kirchen und der Euromajdan, in: Osteuropa 5-6/2014, S. 259-276.

14 Vgl. Gerd Stricker: Die orthodoxen Kirchen in der Ukraine-Krise, in: Herder Korrespondenz 6/2014, S. 281-286.

15 Rigareise Patriarch Kyrills: Lettische Führung will Verschiebung, 04.04.2014, <http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/61581.html>; Ukraine-Konflikt bedroht Polen, 31.08.2014, <http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/64306.html>.

16 FAZ: Kirchen Polens und Russlands rufen zur Versöhnung auf, 18.08.2012; Oliver Hinz: Kirchlicher Aufruf zu polnisch-russischer Versöhnung, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West 12/2012, S. 17-19.

17 EU Guidelines on the promotion and protection of freedom of religion or belief, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/137585.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/137585.pdf).

18 Katrin Hatzinger: Der „Faktor Religion“ in der europäischen Außenpolitik, in: EKD-Europa-Informationen 141/2012, S. 12-13.

19 EHF welcomes new EU Guidelines on Freedom of Religion and Belief, 25.06.2013, <http://humanistfederacion.eu/news-fhe.php?pages=ehf-welcomes-new-eu-guidelines-on-freedom-of-religion-and-belief>.

## **Papst Franziskus auf Lampedusa**

Nach dem überraschenden Rücktritt von Benedikt XVI. wurde mit Papst Franziskus ein Nichteuropäer zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt.<sup>20</sup> An seiner Amtseinführung am 19.03.2013 nahmen die Präsidenten von Europäischem Rat, Kommission und Parlament teil. Dabei erneuerte Schulz gegenüber Franziskus die bereits an Benedikt ergangene Einladung zu einer Rede vor dem Europaparlament.<sup>21</sup> Obgleich mit dem neuen Papst die Eurozentrierung der katholischen Kirche zurückgehen dürfte, hat Franziskus rasch einen europapolitischen Impuls gesetzt: Am 08.07.2013 besuchte er die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa und lenkte damit den Blick auf die Europäische Migrationspolitik. Franziskus kritisierte angesichts der vielen toten Flüchtlinge die „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ und forderte größere Solidarität.<sup>22</sup> Insgesamt haben die andauernden Flüchtlingsströme dazu geführt, dass sich die Kirchen im vergangenen Jahr noch stärker als bisher<sup>23</sup> für einen Wandel der europäischen Einwanderungspolitik engagierten und Migration zum Schwerpunktthema ihrer Arbeit wurde.<sup>24</sup> Auch der für Lampedusa zuständige Erzbischof von Agrigent führte in Brüssel Gespräche mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und Mitgliedern der EU-Kommission.<sup>25</sup>

## **Aktuelle Entwicklungen im Dialog der EU mit den Religionsgemeinschaften<sup>26</sup>**

Das jährliche Treffen der Präsidenten von Kommission, Europäischem Rat und Parlament mit führenden Religionsvertretern befasste sich 2013 mit der Thematik des Europäischen Jahres zur Europäischen Bürgerschaft<sup>27</sup> und 2014 anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Veranstaltungsformats allgemein mit der Zukunft der EU.<sup>28</sup> Dabei wurde erstmals eine Erklärung

- 
- 20 Statement von Barroso zum Rücktritt von Benedikt XVI., 11.02.2013, [http://ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/president/news/archives/2013/02/20130211\\_1\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/archives/2013/02/20130211_1_en.htm); Gemeinsame Gratulationsbotschaft von Barroso und Van Rompuy an Papst Franziskus, 13.03.2013, [http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEMO-13-221\\_en.htm?locale=EN](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-221_en.htm?locale=EN).
  - 21 Vgl. Einladung für Papst Franziskus ins Europäische Parlament, 19.03.2013, <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130318STO06604/html/Einladung-f%C3%BCr-Papst-Franziskus-ins-Europ%C3%A4ische-Parlament>.
  - 22 SZ: Leuchtturm Lampedusa, 09.07.2013; FAZ: Papst kritisiert auf Lampedusa Gleichgültigkeit, 09.07.2013.
  - 23 Vgl. Sergei A. Mudrov: Christian Churches and the European Union Immigration and Asylum Policy, in: *Journal of Religion in Europe* 6/2013, S. 321-357.
  - 24 Katrin Hatzinger: Lehren aus Lampedusa?, in: *EKD-Europa-Informationen* 144/2013, S. 3-4; Marx im Gespräch mit Barroso: Das ist nicht das Europa, das wir wollen, 10.10.2013, <http://www.comece.eu/site/de/presse/pressemitteilungen/newsletter.content/1654.html>.
  - 25 Francesco Montenegro: „Also habe ich bei all den Mächtigen in Brüssel angeklopft“, in: *EuropeInfos* 166/2013, S. 11-12.
  - 26 Zum Dialog: Matthias Belafi: Der Dialog der EU mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: *Werkner/Liedhegener: Europäische Religionspolitik*, 2013, S. 153-173; *BEPA Monthly Brief* 75/2014, [http://ec.europa.eu/bepa/pdf/publications\\_pdf/see\\_also/n75\\_june\\_2014.pdf](http://ec.europa.eu/bepa/pdf/publications_pdf/see_also/n75_june_2014.pdf); Anna Echterhoff: Die COMECE als Partner im Dialog mit der Europäischen Union, in: *Wilhelm Rees u.a. (Hrsg.): Neuere Entwicklungen im Religionsrecht europäischer Staaten*, Berlin 2013, S. 159-181; Kenneth Houston: *Church-EU Dialogue under Article 17.3*, in: *Politics and Religion* 1/2014, S. 148-176; Patrick Roger Schnabel: Der Dialog nach Art. 17 III AEUV, *Tübingen* 2014; Ders./Katrin Hatzinger: Der Dialog zwischen der Europäischen Union und den Kirchen, in: *Rees u.a.: Neuere Entwicklungen*, 2013, S. 639-665.
  - 27 Katrin Hatzinger: Europäische Religionsführer debattieren Stärkung des Zusammenhalts in Europa, in: *EKD-Europa-Informationen* 143/2013, S. 9-10.
  - 28 Barroso meets religious leaders in Brussels, 11.06.2014, <http://euobserver.com/tickers/124550>; Katrin Hatzinger: Führende Europäische Religionsvertreter und EU-Spitzenpolitiker diskutieren die Zukunft Europas, in: *EKD-Europa-Informationen* 146/2014, S. 6.

der Teilnehmer verabschiedet.<sup>29</sup> Barroso verteidigte in seiner Ansprache 2013 das Veranstaltungsformat gegen Kritik: Es sei „mehr als nur ein Fototermin, es ist ein Symbol für das, was wir hier in Europa versuchen, um besser zusammenzuleben.“ Mit den europäischen Kirchenzusammenschlüssen ComECE und KEK führte das Bureau of European Policy Advisers (BEPA) die Dialogseminare fort.<sup>30</sup> Ein besonderes Augenmerk der Kommission beim Dialog galt angesichts der Krise in Griechenland und Zypern der Orthodoxie. Am 17.10.2012 führte BEPA erstmals ein Dialogseminar mit dem Koordinierungsrat der orthodoxen Kirchen (CROCEU) zum Beitrag der Orthodoxie zur Europäischen Sozialpolitik durch.

Auch die Treffen der Kirchen mit den Präsidentschaften des Ministerrats wurden fortgesetzt: Sowohl Zypern, Irland, Litauen als auch Griechenland trafen sich mit Vertretern der KEK, der ComECE sowie der nationalen Kirchen. Solche Treffen haben sich auch mit der Europäischen Humanistischen Föderation (EHF) eingependelt; lediglich Irland traf nur die Kirchen.<sup>31</sup> Auch die Kommission hat den Dialog mit Weltanschauungsgemeinschaften fortgesetzt, sowohl im Rahmen der jährlichen hochrangigen Begegnungen als auch in Form von Dialogseminaren und Kolloquien mit verschiedenen Organisationen von Humanisten, Freimaurern und Laizisten.

Aus Sorge vor der öffentlichen Kritik der Humanisten, diskriminiert zu werden, achtet die Kommission genau auf eine Parallelität des Dialogs mit den Religions- und den zahlenmäßig wesentlich unbedeutenderen Weltanschauungsgemeinschaften. Die EHF hatte im November 2011 ein Verfahren vor dem Europäischen Bürgerbeauftragten angestrengt, weil BEPA den Vorschlag der EHF abgelehnt hatte, in einem Dialogseminar über die Ausnahmen für die Kirchen in der Antidiskriminierungsrichtlinie zu diskutieren. Am 25.01.2013 wurde die Entscheidung des Ombudsmanns veröffentlicht. Mit Blick auf die Begründung der Kommission, dass sich die Dialogseminare mit breiteren Themen von allgemeinem Interesse befassen sollten, erkannte der Bürgerbeauftragte den Ermessensspielraum der Kommission an. Insgesamt kann er keine Diskriminierung zugunsten der Kirchen erkennen. Er fordert aber die Kommission auf, ihre Gestaltung des Dialogs klarzustellen und Leitlinien zur Implementierung des Dialogs zu erstellen. Da der Bürgerbeauftragte zudem die zweite Begründung der Kommission für die Ablehnung – die Ausnahmen betreffen den nationalen Rechtsstatus der Kirchen, so dass sich eine Diskussion darüber gegen den Geist von Art. 17 Abs. 1 und 2 AEUV richte – nicht teilte, kam er zu der Entscheidung, die Kommission habe Art. 17 Abs. 3 nicht richtig implementiert.<sup>32</sup>

Im Unterschied zur Kommission scheint das Parlament unter der Präsidentschaft von Schulz den Dialog mit den Religionen nicht vom Dialog mit den Weltanschauungen trennen zu wollen. Für den 14.11.2012 luden Schulz und Vizepräsident Surján Religions- und

---

29 Darin wurde der Sudan zur Freilassung einer jungen Mutter aufgefordert, die wegen Konversion zum Christentum inhaftiert war. Der Fall hatte bis zur Freilassung der Frau Ende Juni 2014 international Aufsehen erregt. Vgl. NZZ: Taufziehen um Christin, 27.06.2014.

30 Eine Übersicht über alle Dialog-Veranstaltungen findet sich unter [http://ec.europa.eu/bepa/activities/outreach-team/dialogue/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/bepa/activities/outreach-team/dialogue/index_en.htm).

31 EHF and the Council of the European Union, <http://humanistfederation.eu/pages.php?page=ehf%20and%20the%20council%20of%20the%20european%20union>.

32 Decision of the European Ombudsman in his inquiry into complaint 2097/2011/RA, 25.01.2013, <http://www.ombudsman.europa.eu/en/cases/decision.faces/en/49026/html.bookmark>. Kritisch: Christopher Hörster: Europäischer Bürgerbeauftragter empfiehlt Leitlinien zum Dialog mit den Kirchen, in: EKD-Europa-Informationen 142/2013, S. 7. Die EHF hat alle Dokumente des Verfahrens veröffentlicht: <http://humanistfederation.eu/news-fhe.php?pages=ehf-complains-to-eu-ombudsman-about-treatment-by-eu-commission>.

Weltanschauungsgemeinschaften gemeinsam zu einer Dialogveranstaltung ein. Neben je einem Vertreter von KEK und ComECE waren je eine Organisation der Muslime, Juden, Buddhisten, Hindus und Bahá'í und genauso viele laizistische, humanistische und freimaurerische Organisationen sowie eine jüdische laizistische Einrichtung eingeladen. Aufgrund des Missverhältnisses der von diesen Organisationen repräsentierten Bürgern, eines als zwecklos angesehenen gleichzeitigen Dialogs und der Ausgestaltung der Veranstaltung, in der hauptsächlich externe Experten referieren sollten, aber in der wenig Raum für Dialog vorgesehen war, nahmen die Kirchen zum Teil an der Veranstaltung nicht teil. Nichtsdestotrotz wiederholte sich das Veranstaltungssetting am 26.11.2013, als das Europaparlament zu einer weiteren gemeinsamen Dialogveranstaltung einlud.<sup>33</sup>

### **Die weitere Arbeit der europäischen Kirchen**

Vom 03.-08.07.2013 hat die KEK auf ihrer Vollversammlung in Budapest den vor fünf Jahren angestoßenen Reformprozess abgeschlossen und neue Statuten beschlossen, mit denen sie ihre bisherige Struktur reformiert. Die KEK wird dabei mit ihren Kommissionen verschmolzen, der Sitz von Genf nach Brüssel verlagert. Gleichzeitig wurde mit dem anglikanischen Bischof Christopher Hill ein neuer Präsident gewählt.<sup>34</sup> Bei der ComECE hat 2013 mit dem Iren Patrick Daly ein neuer Generalsekretär sein Amt angetreten.<sup>35</sup>

Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative eröffnet auch den Kirchen neue Möglichkeiten. Teils mit kirchlicher Unterstützung haben konservative christliche Gruppen mit der Initiative „One of us“ auf einen stärkeren Embryonenschutz in der EU abgezielt. Mit 1,7 Mio. Unterschriften erreichten sie als zweite Bürgerinitiative das erforderliche Quorum.<sup>36</sup> Die Kommission hat die Initiative jedoch zurückgewiesen und beschlossen, keinen Legislativvorschlag vorzulegen.<sup>37</sup> Die Bürgerinitiative der Lebensschützer stieß vor allem im Europaparlament auf großen Widerspruch<sup>38</sup> und bildete den Anlass für verschiedene Gegenaktivitäten: Dazu gehört der Estrela-Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit, in dem europäische Vorgaben zur Abtreibungsgesetzgebung und zum Sexualkundeunterricht gefordert wurden. Der Bericht, zu dem sich vor allem Vertreter der katholischen Kirche ablehnend äußerten,<sup>39</sup> wurde im Parlament mit Verweis auf die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten knapp abgelehnt.<sup>40</sup>

---

33 Einladung zur Veranstaltung: <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201311/20131113/ATT74385/20131113ATT74385EN.pdf>.

34 U[llrich] R[uh]: Die Konferenz Europäischer Kirchen sucht ihre Rolle, in: Herder Korrespondenz 8/2013, S. 382-383.

35 Bischöfe der Europäischen Union: Aufruf zur Einheit, 23.11.2012, <http://www.comece.org/site/de/aktivitaeten/plenarversammlungen/2012/article/5329.html>.

36 Vgl. Christina Wunder: Communication and Campaigning in European Citizens' Initiatives, Bonn 2014 (ZEI Discussion Paper, C224), S. 25-32.

37 Antwort der Europäischen Kommission auf die Initiative „Einer von uns“, 28.05.2014, IP/14/608. Vgl. Benjamin Fox: Commission rejects citizens' campaign to ban stem cell funding, 29.05.2014, <http://euobserver.com/news/124416>.

38 Benjamin Fox: Controversy over citizens' initiative on abortion funding ban, 11.04.2014, <http://euobserver.com/news/123822>.

39 EU-Bischöfe: EU nicht für Abtreibungsfragen zuständig, 22.10.2013, <http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/58136.html>; EU-Estrela-Bericht: Bischöfe empfehlen Ablehnung, 09.12.2013, <http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/59304.html>.

40 FAZ: Keine EU-Vorgabe zu Abtreibungen, 11.12.2013.

Aus Anlass des 50. Jahrestags des Elysée-Vertrags am 22.01.2013 veröffentlichten die Deutsche und die Französische Bischofskonferenz eine Erklärung, in der die deutsch-französische Freundschaft als Grundlage der gemeinsamen Verantwortung der Länder in und für Europa gewürdigt wird.<sup>41</sup> Auf evangelischer Seite wurde zum gleichen Anlass vorgeschlagen, eine grenzüberschreitende protestantische Kirche am Oberrhein zu gründen, wo die Kirchen aus der Pfalz, Baden, dem Elsass und der Nordschweiz bereits eng zusammenarbeiten.<sup>42</sup>

Sowohl Kirchen als auch kirchliche Gruppen haben auf europäischer und nationaler Ebene erneut mit zahlreichen Erklärungen zur Beteiligung an der Europawahl 2014 aufgerufen.<sup>43</sup> Thematisch standen dabei die sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, Migration sowie die Sorge vor Populismus und Nationalismus im Mittelpunkt. Auch die EHF veröffentlichte ein Memorandum zur Europawahl, dessen Priorität die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat sowie nach Säkularität der Europapolitik bildete.<sup>44</sup> Innerhalb des Wahlkampfes sorgte der Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas Schulz für Aufregung, als er sich dafür aussprach, religiöse Symbole aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Demgegenüber wiesen die christdemokratischen und grünen Spitzenkandidaten Juncker und Keller darauf hin, dass diese Frage auf nationaler Ebene geregelt werden solle.<sup>45</sup>

### Weiterführende Literatur

Pieter-Jan De Vlioger: *Lobbying in the service of God and Church. The adaption of church representations to the European Union's interest group system*, Brüssel 2012 (Diss. Vrije Universiteit Brussel).

Pieterjan De Vlioger/Irina Tanasescu: *Changing forms of interactions between the European Commission and interest groups: the case of religious lobbying*, in: *Journal of European Integration* 5/2012, S. 447-463.

Björn Griebel: *Die Religionsgesellschaft zwischen Staatsrecht und Europarecht*, Baden-Baden 2014.

Laura Katscher: *Die Kirchen und die Europäische Union*, Darmstadt 2013 (Diss. TU Darmstadt), <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/3313/>.

Michael Minkenber: *Religion und Politik in Europa*, in: Timm Beichelt u.a. (Hrsg.): *Europa-Studien*, Wiesbaden 2013, S. 53-71.

Heinrich Schneider: *Europas Krise und die katholische Soziallehre*, Heiligenkreuz 2014.

Hermann Schoenauer (Hrsg.): *Sozialethische Dimensionen in Europa*, Stuttgart 2014.

Monica Schreiber: *Kirche und Europa*, Berlin 2012.

Richard Traunmüller: *Nationale Pfadabhängigkeit oder internationale Konvergenz? Eine quantitativ-vergleichende Analyse religionspolitischer Entwicklungen in 31 europäischen Demokratien*, in: *Zeitschrift für Politik* 2/2014, S. 160-181.

Ines-Jacqueline Werkner/Antonius Liedhegener (Hrsg.): *Europäische Religionspolitik*, Wiesbaden 2013.

---

41 Gemeinsame Erklärung der Französischen und der Deutschen Bischofskonferenz zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit, 18.01.2013, [http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse/2013-009a-Gemeinsame-Erklarung-Elysee-Vertrag\\_DT.pdf](http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse/2013-009a-Gemeinsame-Erklarung-Elysee-Vertrag_DT.pdf).

42 Deutschland-Frankreich: Gemeinsame Kirche am Rhein vorgeschlagen, 17.01.2013, <http://aktuell.evangelisch.de/artikel/76803/deutschland-frankreich-gemeinsame-kirche-am-rhein-vorgeschlagen>.

43 KEK: Statement on European Parliament elections, 20.05.14; COMECE: Erklärung zu den Europawahlen 2014, 20.03.2014; CROCEU: Strength comes out of unity, 09.03.2014; EKD/DBK: Aufruf zu den Europawahlen, 12.05.2014.

44 EHF: Für Menschenrechte und Säkularisierung stehen, 11/2013, <http://humanistfederation.eu/ckfinder/userfiles/files/NEWS-FHE/2013/German%20EHF%20Memorandum%20for%20European%20elections.pdf>.

45 SZ: Kruzifix!, 19.05.2014.